

Sechste Internationale Roma-Frauenkonferenz

Frauen und politische Repräsentation:

Die Frauen der Roma und Fahrenden¹

6.-7. November 2017
Palais de l'Europe (Raum 9)
Straßburg, Frankreich

Vereinbarung zur politischen Repräsentation von Frauen der Roma und Fahrenden

¹ Der Terminus „Roma“ wird vom Europarat dahingehend verstanden, die große Vielfalt der Gruppen einzuschließen, die durch die Arbeit des Europarats in diesem Bereich abgedeckt werden: einerseits a) Roma, Sinti/Manush, Calé, Kaale, Romanichals, Boyash/Rudari; b) Balkan-Ägypter (Ägypter und Ashkali); c) östliche Gruppen (Dom, Lom und Abdal); und andererseits Gruppen wie Fahrende, Jenische sowie die Populationen, die mit dem Verwaltungsbegriff „*Gens du voyage*“ bezeichnet werden, und Personen, die sich selbst als Zigeuner bezeichnen. Der vorliegende Text ist eine erläuternde Fußnote, keine Definition von Roma und/oder Fahrenden.

Im Anschluss an die Diskussionen auf der 6. Internationalen Konferenz der Roma-Frauen „Frauen und politische Repräsentation: Die Frauen der Roma und Fahrenden“, die beim Europarat in Straßburg, Frankreich, vom 6.-7. November 2017 stattfand,

und unter Berücksichtigung:

- dass, ungeachtet der Fortschritte, die in Europa im Hinblick auf die Verbesserung der Chancengleichheit und Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht wurden, stellt der Europarat eine weiterhin bestehende geringe Mitwirkung von Frauen an Entscheidungsprozessen und am politischen Leben fest;
- dass Frauen von ethnischen Minderheiten, und insbesondere Frauen der Roma und Fahrenden, nach wie vor erheblich in europäischen, nationalen und regionalen Parlamenten, Regional- und Gemeinderäten, Regierungen und in Führungsämtern der politischen Parteien unterrepräsentiert sind;
- der Erwägung, dass eine ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen eine Voraussetzung für ein besseres Funktionieren der Demokratie und der Gesellschaft ist;
- dass die fortgesetzte Unterrepräsentation von Frauen in den politischen Entscheidungsprozessen ein grundlegendes demokratisches Defizit sowohl in den Mitgliedstaaten des Europarats als auch im weiter gefassten internationalen Kontext darstellt;
- dass die nationalen Wahl- und Parteiensysteme eine wichtige Verantwortung tragen, eine ausgewogene Repräsentation von Frauen auf allen Ebenen der Regierung und des Parlaments zu gewährleisten;
- dass die Wahlquoten häufig wirksame Methoden sind, um signifikante, rasche Fortschritte zu machen, vorausgesetzt dass sie korrekt entworfen und durchgängig angewendet werden;
- dass Quoten an das bestehende Wahlsystem angepasst und ehrgeizige, aber erreichbare Vorgaben festgelegt werden müssen und, sofern möglich, diese Quoten und anderen positiven Maßnahmen auch für Frauen aus Minderheitengruppen einzuführen sind, u.a. Roma und Fahrende;
- dass politische Parteien eine ausschlaggebende Rolle bei der Verbesserung der politischen Repräsentation von Frauen im Allgemeinen und von Frauen aus Minderheitengruppen im Besonderen spielen, u.a. Frauen der Roma und Fahrenden, da sie durch die Auswahl und Unterstützung von Kandidaten als Hüter gewählter Ämter agieren, und ihre Entscheidungen zu einem großen Teil den letztendlichen Ausgang von Wahlen im Hinblick auf eine ausgewogene Repräsentation der Geschlechter und von Minderheiten bestimmen;

Geloben wir, die Mitglieder politischer Parteien, die Gleichstellung der Geschlechter und die Partizipation von Frauen aus Minderheitengruppen, insbesondere von Frauen der Roma und Fahrenden, in Entscheidungsgremien und in der politischen Repräsentation bei den nächsten europäischen, nationalen, regionalen und kommunalen Wahlen zu fördern.